

## Rubriken:

- \* **Türkischer Ministerpräsident besucht EU**
- \* **PKK**
- \* **Integration: Erster Integrationsbeauftragter in der bayrischen Staatsregierung**
- \* **Rechtspopulist Geert Wilders**
- \* **„Burkini“ – Erlaubnis in Berliner Schwimmbädern**

## **Türkischer Ministerpräsident besucht EU**

**Hürriyet, 20.01.2009, S. 11**

Von Yusuf Çınal/ Brüssel

„Der türkische Ministerpräsident trifft sich erstmalig seit vier Jahren mit Vertretern der EU in Brüssel. Darüber hinaus fand ein Treffen in Hasselt in Belgien statt. Zu diesem Treffen waren 15 000 Personen angereist. Erdoğan hörte sich bei dieser Gelegenheit die Sorgen und Belange der europäischen Türken an. Auf die Frage hin, was er denke hinsichtlich der islamischen Holding-Geschädigten zu tun, antwortete der türkische Ministerpräsident: „Wir sind dabei diesbezüglich ein Gesetz in die Wege zu leiten. Wir sehen uns jedoch auch vor die Schwierigkeit gestellt Geschädigten, die keinerlei schriftliche Belege besitzen nicht helfen zu können. Wir können denjenigen, die keine Belege besitzen kein Geld zurück bezahlen. Wenn wir dies täten, würde jeder kommen. Leider haben sich hier die Vertreter der Holdings sehr geschickt verhalten, indem sie die keine Belege und Verträge ausstellten.“

Erdoğan appellierte darüber hinaus an die Eltern unter den Zuhörern, ihren Kindern dringend den Kindergartenbesuch zu ermöglichen, damit sie auf ihrem Bildungsweg keine Nachteile erlebten.“

**Kommentar/Kritik von Zeynel Lüle (Hürriyet) zur Rede des türkischen  
Ministerpräsidenten in Belgien, 20.01.2009, S. 11:  
„Erleiden wir eine Assimilierung?“**

In seinem Kommentar kritisiert Zeynel Lüle die inhaltliche Einseitigkeit der Rede des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan während seines Besuches in der Stadt Hasselt in Belgien. Die Rede des Ministerpräsidenten habe sich nicht von seiner Rede in Köln im letzten Jahr unterschieden, kritisiert Lüle:

„Die Rede, die er in Hasselt hielt war die Kopie seiner Rede in Köln. Auch in Belgien sagte er, dass sie (*die türkische Regierung, Anm. M. K.*) gegen eine Assimilation seien. Erdoğan erinnerte daran, dass seine Rede in Köln Kritik hervorgerufen hatte und sagte: „Sie schimpfen darüber – ich jedoch stehe hinter meinen Worten.“ Es ist offensichtlich, dass der Ministerpräsident von den Assimilierungsversuchen in Europa überzeugt ist. Als ob die in Europa lebenden Türken eine systematische Assimilierung hinsichtlich ihrer Sprache und ihres Glaubens erfahren würden! Es waren 15 000 Zuschauer gekommen, um dem Ministerpräsidenten zuzuhören. Wenn sie gewusst hätten, dass diese Rede Wort für Wort die gleiche Rede sein wird, wie er sie letztes Jahr in Köln gehalten hatte, wären vermutlich viel weniger Menschen gekommen. Die Bürger und Bürgerinnen hörten sich eine fast einstündige Rede gegen Israel an. Die Schwierigkeiten, mit denen die europäischen Türken jedoch konfrontiert sind, wie die Frage des Wehrdienstes in der Türkei, staatsbürgerliche Rechte, Diskriminierung im Arbeitsleben, die Zunahme von Rassismus und die finanziellen Folgen für die Opfer der islamischen Holdings nahmen nicht einmal 15 Minuten ein. Der Ministerpräsident wiederholte lediglich, dass sie gegen die Assimilierung seien. Wenn ich ein europäischer Politiker wäre, der dieser Rede zugehört hätte wäre ich jetzt beleidigt: Diese Rede suggeriert, dass die Türken in Europa „in Gefahr“ sind. Sie suggeriert auch, dass hier eine Politik umgesetzt wird, die zum Ziel hat, der türkische Sprache und dem Glauben abzuschwören. Meines Erachtens gibt es auf der Tagesordnung des Ministerpräsidenten keine europäischen Türken. Es gibt nur ein Vorurteil, wonach die Europäer tagtäglich eine systematische Assimilierungspolitik umsetzen.“

**Sabah, 20.01.2009, S. 14**

**„Zinslose Immobilien für europäische Türken“**

von Serpil Aygün/ Brüssel

„Der türkische Ministerpräsident sprach gestern in der belgischen Hauptstadt Brüssel zu 15 000 Türken, worunter sich auch Vertreter türkischer Organisationen befanden. Erdoğan erklärte, dass europäische Türken für den Kauf von Immobilien Zinslose Kredite gewährt

werden. Während eines Teiles der Versammlung, der für die Presse nicht zugänglich war erklärte Erdoğan, dass in der Türkei an der Theologischen Fakultät in Ankara derzeit 57 Religionslehrer ausgebildet werden. Weiter erklärte Erdoğan:

„Auf der Grundlage der Meinungsfreiheit finden durch einige Personen hässliche Angriffe, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit statt, die wir wahrnehmen. Türkische Organisationen und türkische Arbeitgeber werden zu Angriffszielen gemacht. Wir verfolgen diese Ereignisse und sie bereiten uns Sorge. Ich bitte Sie darum, auf juristischem Wege zu ihrem Recht zu gelangen.“ Ministerpräsident Erdoğan erklärte darüber hinaus, dass es ihm ohne Belege nicht möglich sei, die Opfer der islamischen Holdings zu entschädigen. Der Ministerpräsident erklärte zur Assimilierung folgendes in seiner Rede:

„In meinem Land gibt es kein „Assimilierungsrecht.“ Die Minderheiten, die in meinem Land leben werden denselben Schutz und die gleichen Rechte für die Ausübung ihrer Religion und ihre Kultur genießen. Die Assimilierung ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte. Das kann ich nicht akzeptieren. Im Bezug auf die Verhandlungen mit der EU haben wir seit 2009 ein eigenes Ministerium gegründet mit Egemen Bağış als neuen EU-Chefunterhändler. Somit ist gewährleistet, dass wir öfters hier her kommen können und uns auch um Ihre persönliche Zustimmung bemühen werden.“

*(siehe dazu auch:<http://www.sueddeutsche.de/056384/282/2720861/Egemen-Bagis-Tuerkischer-Europaminister-mit-Verkaufstalent.html>, Anm. M. K.).*

## **PKK**

### **Zaman, 23.01.2009, S. 11**

„Die deutschen Medien konfrontieren sich mit der PKK“

Die Zaman berichtet unter Bezugnahme auf einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung über die „Konfrontation“ der deutschen Medien mit „dem wahren Gesicht der PKK“ *(Siehe dazu: Süddeutsche Zeitung: Hans Leyendecker: „Befreit von allen Skrupeln, 22.01.2009, S. 3, Anm. M. K.):*

„Jahre lang haben die deutschen Medien den PKK-Sympathisanten in ihren Medien und Nachrichten Raum gewährt. Nun fangen sie endlich damit an, das blutige Gesicht der PKK zu sehen. Einer der führenden deutschen Tageszeitungen, die unabhängige Süddeutsche Zeitung gewährt ihren Lesern einen Blick in das blutige Gesicht der PKK. Die angesehene Zeitung berichtet darüber, wie die PKK Personen foltert und umbringt, die sich gegen sie stellen und gegen ihre Regeln verstoßen. Der Artikel berichtet sowohl über die Schutzgelderpressungen der PKK als auch über die Zwangsabtreibungen. Insbesondere das Verbot der Familiengründung, das für die Mitglieder gültig ist wird thematisiert. Die

Betroffenen werden dazu gezwungen, ihre Liebesbeziehungen und ihre familiäre Beziehungen aufzugeben, da Liebesbeziehungen in der Organisation verboten sind. Darüber hinaus wird berichtet, dass fast 450 000 Kurdisch Stämmige dazu gezwungen werden, Steuern an die PKK zu zahlen. Die PKK ist seit dem Jahr 1993 in Deutschland verboten. Dennoch sind gegenwärtig 10 000 Anhänger der PKK in Deutschland aktiv.“

## **Integration**

**Hürriyet, 22.01.2009, S. 14**

**„Integrationsbeauftragter tritt sein Amt an“**

von Ali Mercimek/ München

„Der erste bayrische Integrationsbeauftragte, Martin Neumeyer, trat sein Amt an. Sozialministerin Christine Haderthauer übergab persönlich die amtliche Urkunde. Sie erklärte, dass das erste Ziel der schulische und berufliche erfolgreiche Erwerb der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist. Martin Neumeyer betonte die Schwierigkeiten nicht aus der Distanz heraus betrachten zu wollen, sondern mit den Personen von Angesicht zu Angesicht sprechen zu wollen. Ziel sei, den gegenseitigen Dialog auszubauen und zu fördern. Martin Neumeyer ist zugleich CSU-Landtagsabgeordneter.“

Zaman, 22.01.2009, S. 4

**„Bayern ist sehr spät dran mit dem Integrationsbeauftragten“**

von Bayram Aydın/ München

Die Zaman berichtet wie die Hürriyet über den ersten Integrationsbeauftragten der bayrischen Staatsregierung. Das Blatt druckt in diesem Zusammenhang ein Interview mit dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates in München, Cumalı Naz, ab:

„Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern befinden wir uns mindestens in einem Rückstand von 10 Jahren“, erklärt Naz „Eigentlich müsste es für diese Aufgabe ein Ministerium wie das in Nordrhein-Westfalen geben. Es wäre vernünftiger gewesen, eine Person mit Migrationshintergrund für diese Aufgabe zu bestimmen. Dieser Umstand stellt einen großen Mangel dar, dadurch dass dieses Amt nicht durch jemanden mit Migrationshintergrund besetzt wurde.“

## **Islamfeindlichkeit**

Zaman, 22.01.2009, S. 2

**„Rechtliche Schritte sind gegen islamfeindlichen Politiker eingeleitet worden“**

von Ali Çimen/ Lahey

Die Zaman berichtet über die strafrechtliche Verfolgung gegen den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders:

„Der Vorsitzende der Partei für Freiheit (VVD) ist wegen Volksaufwiegelung zu Hass und Rassismus angeklagt worden: Letztes Jahr verlangte Wilders den Koran zu verbieten. Der Generalstaatsanwalt befand jedoch die Gründe für eine strafrechtliche Verfolgung des Politikers als nicht ausreichend. Wilders hatte im Jahr 2008 durch seine radikalen Reden gegen den Islam und insbesondere mit seinem Film „Fitne“, in dem er behauptet dass die Radikalen aus dem Koran ihre Inspiration und Eingebung beziehen, weltweit Aufmerksamkeit auf sich bezogen. Darüber hinaus ist er aufgrund seiner Reden und seines Filmes in muslimischen Staaten stark kritisiert worden. Das Amsterdamer Gericht hat durch sein gestriges Urteil eine strafrechtliche Verfolgung aufgrund der Aufstachelung und Verbreitung von Hass im Volk entschieden. Die Richter entschieden, dass Wilders durch seine Islamfeindlichen Äußerungen die Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten hat.“

**Burkini – Test**

Sabah, 21.01.2009, S. 14

**„Berlin erlaubt Burkini-Test“**

von Arzu Ceylan/ Berlin

Die Sabah berichtet über die Testphase von so genannten „Burkinis“ in Berliner Hallenbäder. *(Burkinis sind zweiteilige Ganzkörperbadeanzüge aus Lycra, die den gesamten Körper und den Kopf bedecken; sie wurden von der australisch-libanesischen Designerin Aheda Zanetti entworfen und auf den Markt gebracht. Je nach Modell können sich die Frauen entscheiden, inwieweit ihre Körperformen sichtbar sein sollen oder nicht, siehe dazu: <http://www.ahiida.com/index.php?a=subcats&cat=20>, Anm. M. K.).*

„In der deutschen Hauptstadt Berlin ist den Frauen erlaubt in Burkinis die Berliner Schwimmbäder zu besuchen. Zunächst wurden die Burkinis jedoch in den städtischen Hallenbädern getestet. Die Berliner-Bäderbetriebe gaben bekannt, dass die Erlaubnis für das Tragen der Burkinis bis zum Sommer gültig sei und für die Hallenbäder in den Bezirken Neukölln und Kreuzberg gelten werde. Ein Sprecher der Berliner Schwimmbäder erklärt

dazu: „Wir sind ein Betrieb, der offen für die Allgemeinheit ist. Unser Wunsch ist es, dass jeder von den Schwimmmöglichkeiten hier profitieren kann. Für uns ist es jedoch wichtig, dass dieses Kleidungsstück beim Schwimmen nicht beeinträchtigend wirkt. Aus diesem Grund sind Schwimmtests durchgeführt worden mit dem Ergebnis, dass diese Kleidungsstücke kein Hindernis bilden.“ Erhart Körting, Senator für Inneres in Berlin und Mitglied der SPD, erteilte seine Erlaubnis für das Tragen dieser Schwimmanzüge, wohingegen Kritik von der CDU kam: Das Tragen der Burkinis würde keinen positiven Beitrag leisten, sondern im Gegenteil die Integration einschränken.“

## **Islamischer Religionsunterricht**

Zaman, 20.01.2009

### **„Der islamische Religionsunterricht wird in Rheinland-Pfalz ausgeweitet“**

von Yusuf Bal/ Ludwigshafen

„Das Bundesland Rheinland-Pfalz führt seit fünf Jahren an zehn Schulen in Ludwigshafen ein Pilotprojekt zum islamischen Religionsunterricht durch. Das Bundesland plant die gesamte Ausweitung des Religionsunterrichts. Ab dem Schuljahr 2009/2010 soll der Unterricht landesweit stattfinden. Der Religionsunterricht wird in deutscher Sprache stattfinden und als normales Schulfach gelten. Die dafür notwendigen Vorbereitungen werden bis zum Ende des Sommers dieses Jahres im Bildungsministerium abgeschlossen sein. Das Bundesland Rheinland-Pfalz beriet sich in der Vergangenheit gemeinsam mit dem Bundesland Baden-Württemberg über die Ausbildung von Lehrkräften für den islamischen Religionsunterricht: Die dafür eingesetzten Lehrkräfte werden an der Theologischen Fakultät in Karlsruhe zwei Semester in Religionspädagogik unterrichtet werden. Darüber hinaus sollen in Zukunft Lehrkräfte für den islamischen Religionsunterricht in Rheinland-Pfalz ausgebildet werden. In Rheinland-Pfalz gibt es insgesamt 28 000 muslimische Schüler und Schülerinnen an Grund- und Hauptschulen.“

## **Einbürgerungstest**

Zaman, 19.01.2009, S. 5

### **„99% der Teilnehmer absolvieren erfolgreich den Einbürgerungstest“**

von Ziver Ermiş/ Köln

„Seit letztem Jahr wird in Deutschland ein Einbürgerungstest für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft verlangt. Dabei stellte sich nun heraus, dass 98,9% der Teilnehmer den Einbürgerungstest bestehen. Vor der Einführung des Einbürgerungstests wurde der Schwierigkeitsgrad der Fragen vehement kritisiert. Es wurde befürchtet, dass die Zahl der Einbürgerungen aufgrund des Tests zurückgehen könnte. Insgesamt müssen 33 Fragen beantwortet werden. 30 Fragen befassen sich mit Deutschland und drei Fragen wiederum mit dem jeweiligen Bundesland. Um den Test zu bestehen müssen von 17 von 33 Fragen richtig beantwortet werden. In den Medien wurden die Fragen im letzten Jahr kontrovers diskutiert, da viele der Fragen selbst für Deutsche als schwierig gelten. Insgesamt müssen sich die Teilnehmer sehr gut und gründlich auf den Einbürgerungstest vorbereiten. Kritisiert werden am Einbürgerungstest nach wie vor überflüssige Fragen wie zum Beispiel die Frage danach, wo man als Hundebesitzer seinen Hund anmelden muss.“

Den erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf [www.islamedia.de](http://www.islamedia.de) unter der Rubrik Newsletter.

---

**Impressum:**

**Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg**

**Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe**

[www.islaMedia.de](http://www.islaMedia.de)

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff